

Analyse europapolitischer Einstellungen

Auswertung von Meinungsumfragen zu europapolitischen Einstellungen
der deutschen Bevölkerung sowie von
Sympathisant_innen von Bündnis 90/Die Grünen

Rebekka Göhring

Frankfurt, im Dezember 2011

Executive Summary

Die Europäische Union steht im Zuge der Finanz- und Eurokrise ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Die aktuellen Entwicklungen stellen die Grundlagen der Europäischen Integration in Frage. Die Krise erfordert ein Mehr an Integration, dabei schwindet scheinbar gleichzeitig das Zutrauen der Bürger_innen in den Staatenverbund.

Die vorliegende Kurzstudie befaßt sich mit der Frage, ob sich der Befund des schwindenden gesellschaftlichen Rückhalts bei gleichzeitig verstärkter Integrationsnotwendigkeit für die deutsche Bevölkerung empirisch bestätigen läßt und welches die Parameter für die Gestaltungsoptionen grüner Europapolitik in Deutschland sind.

Den Datensatz bilden Eurobarometer-Umfragen vom Mai 2011 sowie die Ergebnisse des Deutschlandtrends und des Politibarometers im Jahr 2011 (bis einschließlich November). Dabei werden die Hauptachsen der europäischen Integration untersucht: zunächst die Einstellungen zur Bedeutung der Europäischen Union allgemein, sowie zu den beiden Hauptachsen ihrer Weiterentwicklung - also Vertiefung und Erweiterung - und schließlich die Einstellungen zur Wirtschafts- und Finanzkrise.

Im Ergebnis sind die Deutschen in der Mehrheit für die Europäische Integration, sie befürworten ein Mehr an Europa, aber lehnen eine weitere Ausdehnung der Union entschieden ab. Die Finanz- und Eurokrise findet in der deutschen Bevölkerung sehr viel Beachtung. Insgesamt sorgen sich die Deutschen in hohem Maße um die fiskalische Zukunft ihres Landes und die Gemeinschaftswährung.

Allerdings spiegelt sich die allgemein hohe Zustimmung für eine vertiefte Integration nicht in der Befürwortung konkreter Maßnahmen zur Bearbeitung der Finanz- und Eurokrise ab. Solidaritätsempfinden und verstärkte Übertragung von Kompetenzen an die EU münden nicht in einer Zustimmung zu Eurobonds oder der Ausweitung des Euro-Rettungsschirms.

Die Sympathisant_innen von Bündnis90/Die Grünen unterscheiden sich in Europafragen deutlich von den Anhängerschaften der anderen Parteien, insofern sie insgesamt für mehr Europa nach innen wie außen und mehr europäische Solidarität votieren. Dennoch ergeben sich auch in dieser Gruppe dieselben Spannungsfelder wie in der gesamtdeutschen Bevölkerung: Unklar bleiben die Belastbarkeit des Solidaritätsempfindens und der generellen Zustimmung für eine Vertiefung bei der konkreten Ausgestaltung der Europapolitik.

Ein deutliches Bild ergeben schließlich die Kompetenzwerte für Bündnis90/Die Grünen bei der Finanz- und Eurokrise. Hier schneidet die Partei gemeinsam mit den anderen kleinen Parteien im marginalen Bereich von 1% bis 3% ab. Aufgrund der Art der Fragestellung (Ausschluß von Mehrfachnennung) kann allerdings keine klare Bewertung vorgenommen werden. Dafür wären Vergleiche mit anderen Krisen und Politikfeldern notwendig.

Dies gilt auch für das Aufzeigen der konkreten Gestaltungsoptionen grüner Europapolitik in Deutschland, für die der verwendete Datensatz zu klein ist. Hier wäre die Ausweitung der Datenquellen notwendig, um Zeitreihen für Vergleiche und Gewichtungen bilden zu können. Ebenso aufschlußreich dürfte in diesem Zusammenhang auch die letzte Eurobarometer-Umfrage sein, die im November 2011 erhoben wurde und deren Daten voraussichtlich ab März 2012 ausgewertet und zugänglich sind.

Einleitung

In der aktuellen Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung „Solidarität und Stärke: Zur Zukunft der Europäischen Union“ heißt es eingangs:

Die EU befindet sich an einem Scheideweg. Einerseits hat die Schuldenkrise die Notwendigkeit verstärkter Koordination und Integration aufgezeigt. Andererseits schwindet der gesellschaftliche Rückhalt für eine erweiterte Haftungs- und Solidargemeinschaft (HBS 2011 : 9).

Die vorliegende Kurzstudie befasst sich mit der **Frage, ob der Befund des schwindenden gesellschaftlichen Rückhalts bei gleichzeitig verstärkter Integrationsnotwendigkeit für die deutsche Bevölkerung empirisch bestätigt werden kann** und welches die **Parameter für die Gestaltungsoptionen grüner Europapolitik in Deutschland** sind.

Im Folgenden sollen daher die europapolitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Sympathisant_innen von Bündnis 90/Die Grünen entlang der Hauptachsen der europapolitischen Einstellungen untersucht werden. Im Einzelnen sind dies die **Einstellungen zur Bedeutung der Europäischen Union allgemein** sowie zu den beiden Hauptachsen ihrer Weiterentwicklung, also zu **Vertiefung** und **Erweiterung**. Schließlich werden die Einstellungen zur Bewältigung der **Wirtschafts- und Finanzkrise** analysiert.

Die Analyse stützt sich auf drei Datenquellen, wobei ausschließlich Daten aus dem Jahr 2011 berücksichtigt wurden. Zum einen wurden die **Eurobarometer-Umfragen** (EB) verwendet. Hier handelt es sich um Umfragen, die im Auftrag der Europäischen Kommission seit 1973 europaweit halbjährlich durchgeführt werden. Der große Mehrwert dieser Daten liegt insbesondere in den standardisierten Fragen und Verfahren, die eine hohe Vergleichbarkeit über Zeit und im Vergleich zu den Einstellungen in den anderen Mitgliedsländern ermöglichen. Die Daten der hier verwendeten Eurobarometer-Umfrage wurden im Mai 2011 erhoben.

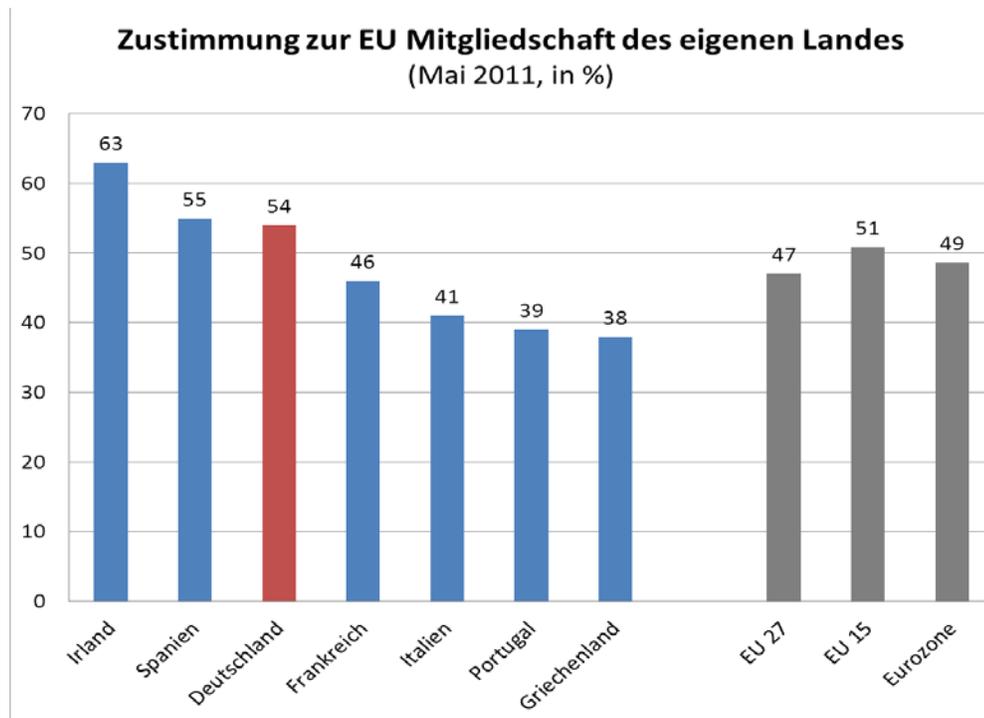
Bei den beiden anderen Datenquellen handelt es sich um den **ARD-Deutschlandtrend** (DT), der in monatlichen Abständen im Auftrag der ARD von Infratest dimap durchgeführt wird, und um das vom ZDF in Auftrag gegebene **Politbarometer** (PT), das ebenfalls mindestens einmal monatlich erscheint und von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. durchgeführt wird. Sowohl Deutschlandtrend wie Politbarometer verwenden erprobte Verfahren und standardisierte Fragen, die sich durch einen relativ hohen Grad an Neutralität auszeichnen. Der Vorteil im Gegensatz zu den Eurobarometer-Umfragen ist hier, dass die Antworten teilweise nach politischen Anhängerschaften aufgeschlüsselt werden. Nur in diesen Umfragen finden sich Aussagen zu den Einstellungen des grünen politischen Umfelds.

Andere Umfragen, die etwa im Auftrag von Zeitungen und Zeitschriften zu punktuellen Stimmungen durchgeführt wurden, wurden bewusst nicht verwendet, da mangelnde Standardisierung der Fragen die Vergleichbarkeit und somit die Aussagekraft verringert. So gibt es eine Fülle von Einzelumfragen zur Einstellung der Deutschen zum Euro, die mit ganz unterschiedlichen Motivationen in Auftrag gegeben wurden und in der Folge kein belastbares Bild zeichnen.

A Einstellungen zur Bedeutung der Europäischen Union

Die Einstellung der Bürger_innen zur europäischen Integration in den einzelnen Mitgliedstaaten wird seit Bestehen der Eurobarometer-Umfragen standardisiert erhoben. Dabei gibt es einen **Standardindikator für diffuse Unterstützung** der Europäischen Union, mit dem eine grundlegend befürwortende Einstellung gegenüber dem politischen System gemessen werden kann, die nicht von spezifischen Leistungen des Systems (wie z.B. die Steigerung der Wohlfahrt oder der Sicherheit) abhängig ist. Dieser Indikator wird seit Beginn der Erhebung regelmäßig abgefragt, konkret handelt es sich um die Frage nach der Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes.¹ Genau dieser Wert wird häufig in Medien und politischen Debatten als Grundlage für die Zustimmung der Bürger_innen zur EU herangezogen.

Während nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 die Anzahl derjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes positiv bewerteten, im EU-Durchschnitt auf einen historischen Höchststand im Bereich der 70% anstieg, fiel der Wert ab 1991 stark ab und bewegt sich seitdem in einem Bereich um die 50%. In der letzten EB-Umfrage im Mai 2011 bewerteten 54% die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EU als eine gute Sache. Dieser **Wert entspricht dem Langzeittrend** und liegt **oberhalb des Durchschnitts der EU27** von insgesamt 47%.²



Quelle: Eurobarometer 75, Frage, QA10, Mai 2011

¹ Die Frage lautet: „Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach –“. Die möglichen Antworten sind: „Eine gute Sache“, „Eine schlechte Sache“, „Weder gut noch schlecht“ und „Weiß nicht“.

² EB75 QA10.

Obgleich eine absolute Mehrheit der Deutschen die EU-Mitgliedschaft befürwortet, ruft der **derzeitige Zustand der europäischen Integration** insgesamt **wenig Begeisterung** hervor. Dies zeigt sich in den Antworten auf die im Mai 2011 gestellte Frage, welches Bild die Befragten von der EU haben. Hier geben **lediglich 38%** an, die EU rufe bei ihnen ein **positives Bild** hervor.³

Dabei verdüstert sich offensichtlich selbst bei denen, die ein grundsätzlich positives Bild von der EU haben, eben jenes, wenn sie gebeten werden, die Entwicklungstendenzen der EU einzuschätzen. Hier geben **42% der Befragten** in Deutschland an, dass sich die **Dinge in der Europäischen Union in die falsche Richtung entwickeln**, nur 26% sehen eine generell positive Entwicklung der europäischen Politik.⁴

B Einstellungen zur Weiterentwicklung der Europäischen Integration: Vertiefung

Aus den dieser Untersuchung zugrunde liegenden Meinungsumfragen aus dem Jahr 2011 geht hervor, dass **die Deutschen einer Vertiefung der europäischen Integration gegenüber mehrheitlich positiv eingestellt sind**. Dort, wo die Fragen nach Anhängerschaft der politischen Parteien aufgesplittet wurden, zeigt sich, dass die **Symphatisant_innen von Bündnis 90/Die Grünen** insgesamt eher integrationsfreundlich eingestellt sind und die Vision einer **sich vertiefenden und solidarischen Gemeinschaft befürworten**. In diesen beiden Dimensionen – Vertiefung und Solidarität – unterscheiden sie sich jeweils deutlich von den Symphatisant_innen der anderen politischen Parteien.

Im September und Oktober 2011 **befürwortet eine deutliche Mehrheit der Deutschen ein Mehr an gemeinsamer Politik auf europäischer Ebene** (64% bzw. 58%). Damit ist allerdings nicht in erster Linie eine weitere Vergemeinschaftung gemeint, sondern eher eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Gleichzeitig lehnen die Befragten die Bildung eines Staatenbundes mehrheitlich ab (53%). Allerdings stößt das Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ bei 42% auf Zustimmung.⁵

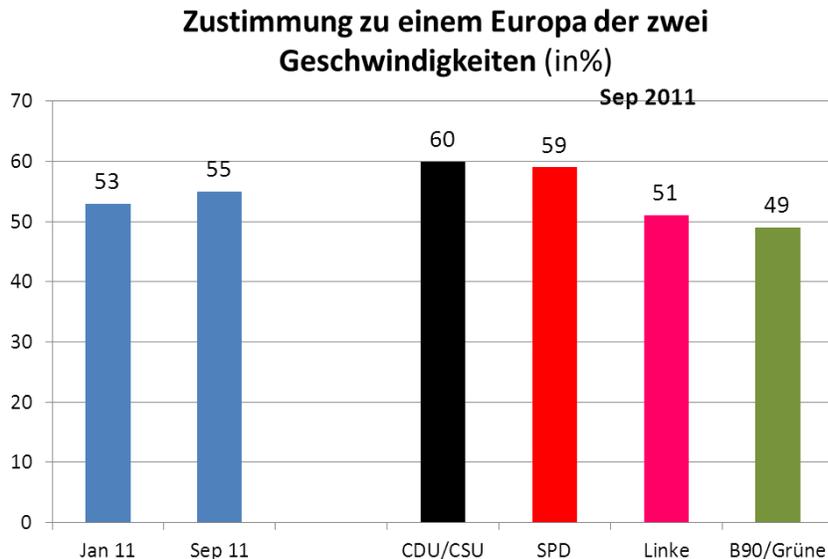
Eine Auflösung des bisherigen Gemeinschaftsgedankens in ein „**Europa der zwei Geschwindigkeiten**“ wird ebenfalls von einer Mehrheit der Deutschen **befürwortet**, wobei klar ist, dass die Bundesrepublik zu dem schneller voranschreitenden „Kerneuropa“ gehören

³ EB75 QA14: „Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?“. 39% antworten mit „weder positiv noch negativ“, 22% haben ein negatives Bild.

⁴ EB75 QA12a: „Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in der Europäischen Union derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?“.

⁵ DT Sep11 und DT Okt11. Frage 1: „Es wird vor dem Hintergrund der Schuldenkrise viel über die Zukunft des Euro und der Europäischen Union diskutiert. Wie ist Ihre generelle Haltung: Sollten die europäischen Länder in den nächsten Jahren enger zusammenrücken und noch mehr gemeinsame Politik machen? Oder sollten sie wieder stärker allein handeln und weniger gemeinsame Politik machen?“; Frage 2: „Im Zuge der Euro-Krise gibt es Forderungen, die Europäische Union zu einem Staatenbund, den „Vereinigten Staaten von Europa“ weiterzuentwickeln. Fänden Sie es gut, wenn wir eines Tages die „Vereinigten Staaten von Europa“ hätten oder fänden Sie das nicht gut?“

würde. 38% lehnen eine differenzierte Integration ab.⁶ Die nahezu konstanten Antwortwerte bei dieser Frage zeigen, dass es sich hier um eine relativ stabile Grundeinstellung zur Gestaltung der europäischen Integration handelt. Auffällig ist, dass **unterdurchschnittlich wenige grüne Sympathisant_innen von der Vision eines „Kerneuropas“ überzeugt sind** und sie sich hier deutlich von den Anhängerschaften der anderen politischen Parteien unterscheiden. Der Gedanke einer solidarischen Gemeinschaft der europäischen Länder und Bürger_innen scheint hier im Vordergrund zu stehen.

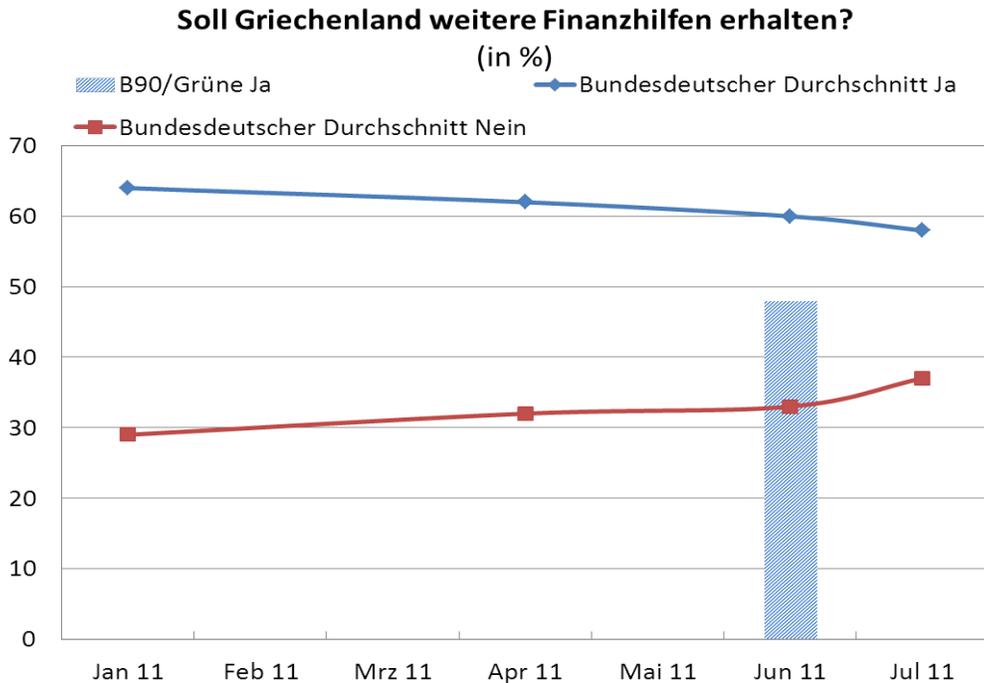


Quelle: Politbarometer Januar II/2011 und September I/2011

Das **Überwiegen einer solidarischen Grundhaltung bei den grünen Sympathisant_innen** zeigt sich auch bei der Einstellung zu der Gewährung weiterer Finanzhilfen durch die EU an Griechenland. Während im 1. Halbjahr 2011 eine deutliche Mehrheit der Deutschen weiteren Finanzhilfen ablehnend gegenüber steht, weichen die Sympathisant_innen von Bündnis90/Die Grünen deutlich von dieser Mehrheitseinstellung ab und unterscheiden sich in diesem Punkt wesentlich von den Anhänger_innen der anderen Parteien. Während im Juni 2011 60% weitere Finanzhilfen ablehnen und nur 33% diese befürworten, stimmen bei den Grünen-Anhänger_innen 48% dafür und 47% dagegen.⁷

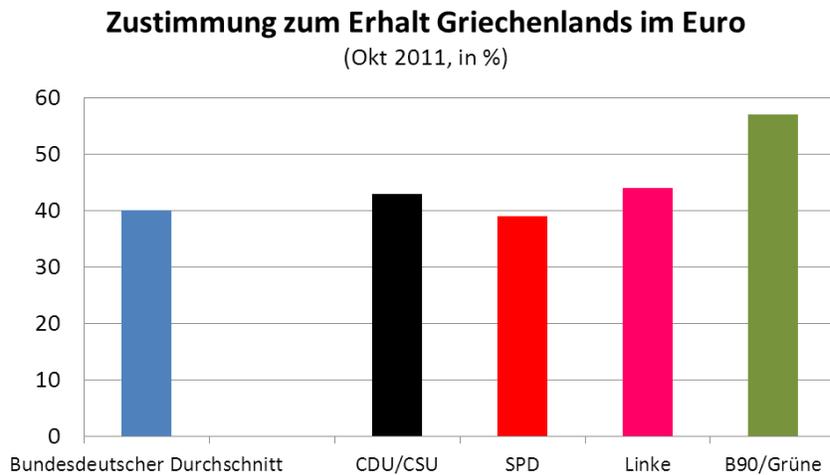
⁶ PB JanII/11 und PB SepI/11. Jeweils 53% bzw. 55% der Deutschen befürworten ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“.

⁷ PB JanII/11, PB AprII/11, PB Jun11, PB Jul11.



Quelle: Politbarometer Januar II/2011, April II/2011, Juni 2011 und Juli 2011

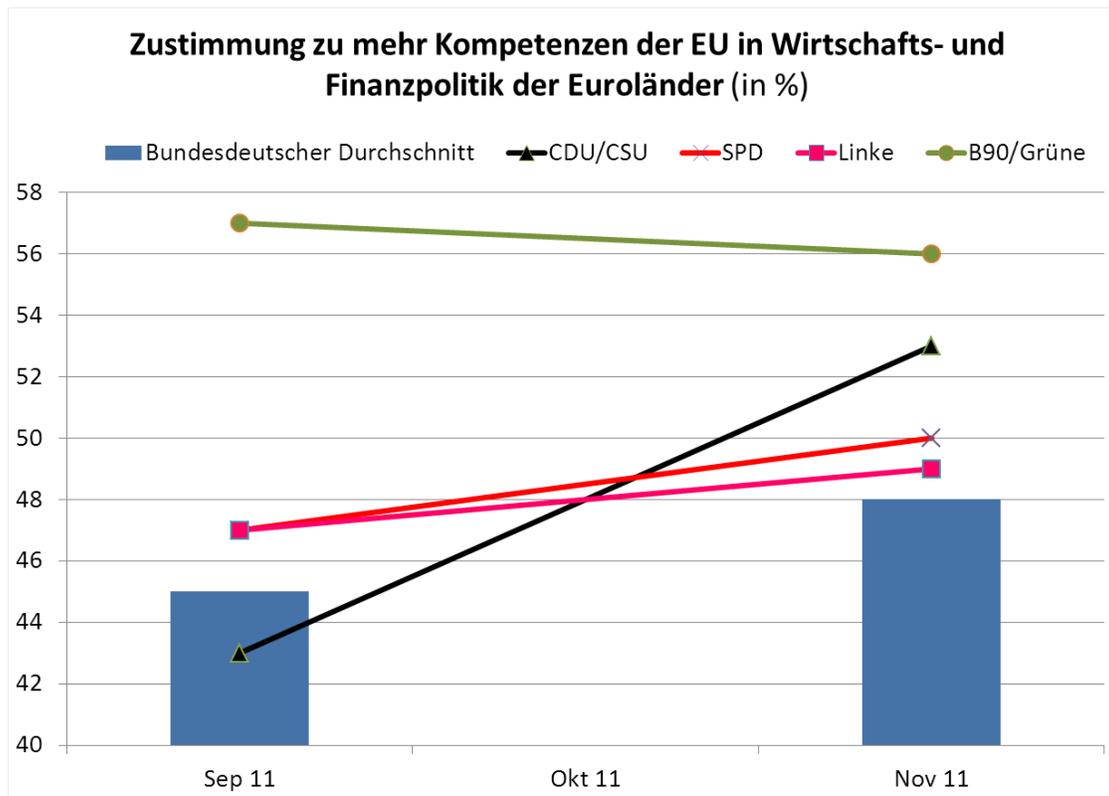
Dieses Bild wird an anderer Stelle bestätigt. Auf die Frage „Soll Griechenland den Euro behalten?“ antworten 53% der Deutschen mit „nein“ und lediglich 40% mit „ja“. Unter den Sympathisant_innen der Grünen liegt die Befürwortung weiterer Finanzhilfen an Griechenland deutlich höher als bei denen anderer Parteien und ebenso deutlich, nämlich 17%, über dem Gesamtdurchschnitt.⁸



Quelle: Politbarometer Oktober II/2011

⁸ PB OktII/11.

Angesichts der **Wirtschafts- und Finanzkrise** testet eine Reihe von Fragen die Bereitschaft zu einer **stärkeren Zusammenarbeit auf europäischer Ebene** in diesem Bereich. Dazu gibt es **insgesamt Zustimmung**, die umso höher ausfällt, je weniger spezifisch die Fragestellung ist. So stimmen im Mai 2011 93% der in Deutschland Befragten der Aussage zu „Die EU-Mitgliedstaaten sollten bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zusammenarbeiten“. ⁹ Die allgemeine Zustimmung liegt immer noch im Bereich von über 60%, wenn abgefragt wird, ob die Euro-Länder stärker als bisher ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik miteinander abstimmen sollten, z.B. bei der Unternehmensbesteuerung und dem Renteneintrittsalter, oder auf die Frage, ob sich die EU stärker in die Finanzen der Mitgliedstaaten einmischen dürfen soll. ¹⁰ Die geringsten Zustimmungswerte gibt es bei den Fragen, wo neben einer positiven und negativen auch eine neutrale Antwortmöglichkeit besteht. So meinen 45% der Befragten im September (im November sind es 48%), die EU solle mehr Kompetenzen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Hinblick auf die Euro-Länder haben. Weitere 25% (im November: 29%) meinen, die Kompetenzen sollten unverändert bleiben. ¹¹



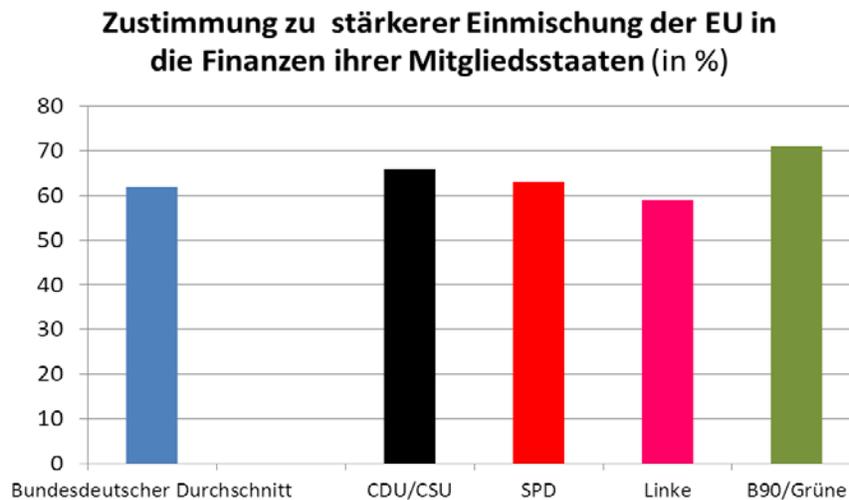
Quelle: Politbarometer September I/2011 und November II/2011

⁹ EB75 QC6.3.

¹⁰ DT Feb11.

¹¹ PB SepI/11 und PB NovII/11.

Auch hier **bestätigt sich die grundsätzlich positive Einstellung der grünen Symphatisant_innen gegenüber einer Vertiefung der Integration**: Eine deutliche Mehrheit befürwortet eine verstärkte Übertragung von Kompetenzen an die EU im Wirtschafts- und Finanzbereich. Die Werte liegen jeweils 12% und 8% über dem Durchschnitt und sind jeweils auch die höchsten Zustimmungswerte unter den verschiedenen Anhängerschaften der politischen Parteien. Dasselbe Bild ergibt sich bei der Frage nach einer verstärkten Einmischung der EU in die Finanzen der Mitgliedstaaten, wo die Zustimmung bei den Anhänger_innen von Bündnis90/Die Grünen 9% über dem Durchschnitt bei insgesamt 71% liegt und auch hier wieder die integrationsfreundlichste Haltung unter den Symphatisant_innen der politischen Parteien widerspiegelt.¹²



Quelle: Politbarometer Oktober II/2011

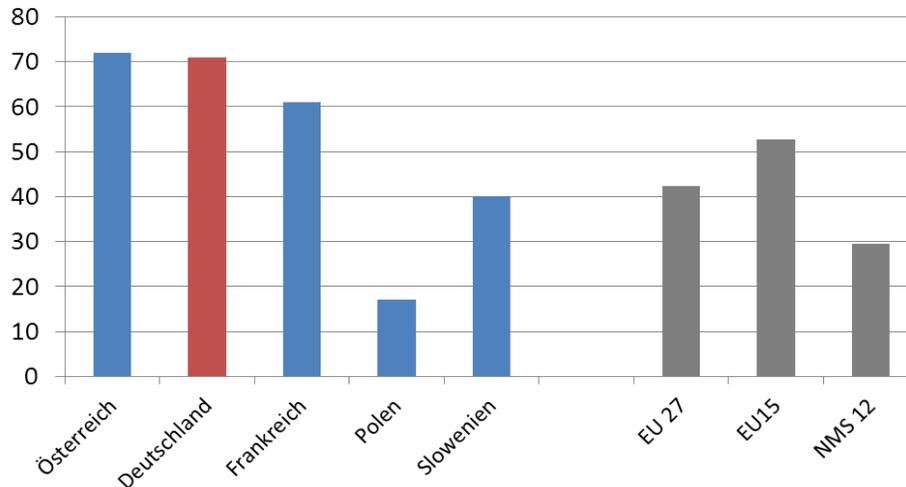
C Einstellungen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union: Erweiterung

Zum Thema Erweiterung liegt für das Jahr 2011 nur wenig in dem untersuchten Datensatz vor. Dies spricht allerdings eine deutliche Sprache: So **lehnt eine überwiegende Mehrheit** der in Deutschland Befragten **eine weitere Erweiterungsrunde der EU ab**. Der Ablehnungswert von 71% ist (gemeinsam mit der Ablehnung in Österreich in Höhe von 72%) der mit Abstand höchste Wert in den EU-Ländern. Der EU-weite Durchschnitt liegt bei dieser Frage bei 47%, in den EU-15 (also den Ländern, die vor 2004 der EU angehörten) bei 53%. Eine weitere Erweiterungsrunde befürworten aktiv 22% der Deutschen.¹³

¹² PB OktII/11.

¹³ EB75 QA19.3: „Wie ist Ihre Meinung zu...“ Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen. Antwortmöglichkeiten sind „dafür“, „dagegen“, „weiß nicht“.

Ablehnung einer zusätzlichen Erweiterung der EU (in %)



Quelle: Eurobarometer 75, Frage QA19.3, Mai 2011

Weitere Umfragen im Frühjahr 2011 zur vollen Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Zuge der EU-Osterweiterung zeigen ein ähnliches Bild. 58% der Deutschen sehen in der Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen Mitgliedstaaten eher Nachteile und 64% finden es nicht gut, dass ab dem 1. Mai 2011 die in diesem Bereich bis dahin geltenden Einschränkungen aufgehoben werden. Lediglich 22% bewerten die Arbeitnehmerfreizügigkeit in diesem Zusammenhang positiv.¹⁴

D Einstellungen zur Bewältigung der Europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise

Die **Themenbereiche Staatsverschuldung und Inflation** werden in Deutschland insgesamt als ein **zentrales Problem von übergeordneter Bedeutung wahrgenommen**. Dabei unterscheiden sich die Deutschen wesentlich von den anderen EU-Bürger_innen. Eine Besonderheit liegt darin, dass die Gefahr der Inflation auch dann wahrgenommen wird, wenn sie rein faktisch unbegründet ist, wie das seit Einführung des Euro der Fall ist. Ähnliches gilt für den Bereich Staatsverschuldung: Da die fiskalische Konsolidierung in Deutschland erfolgreicher ist als in den anderen Euroländern, ist rein faktisch nicht davon auszugehen, dass die Bundesrepublik zu ähnlich drastischen Verringerung ihres Haushaltsdefizits gezwungen sein wird, wie dies in den Euro-Krisenländern der Fall ist.

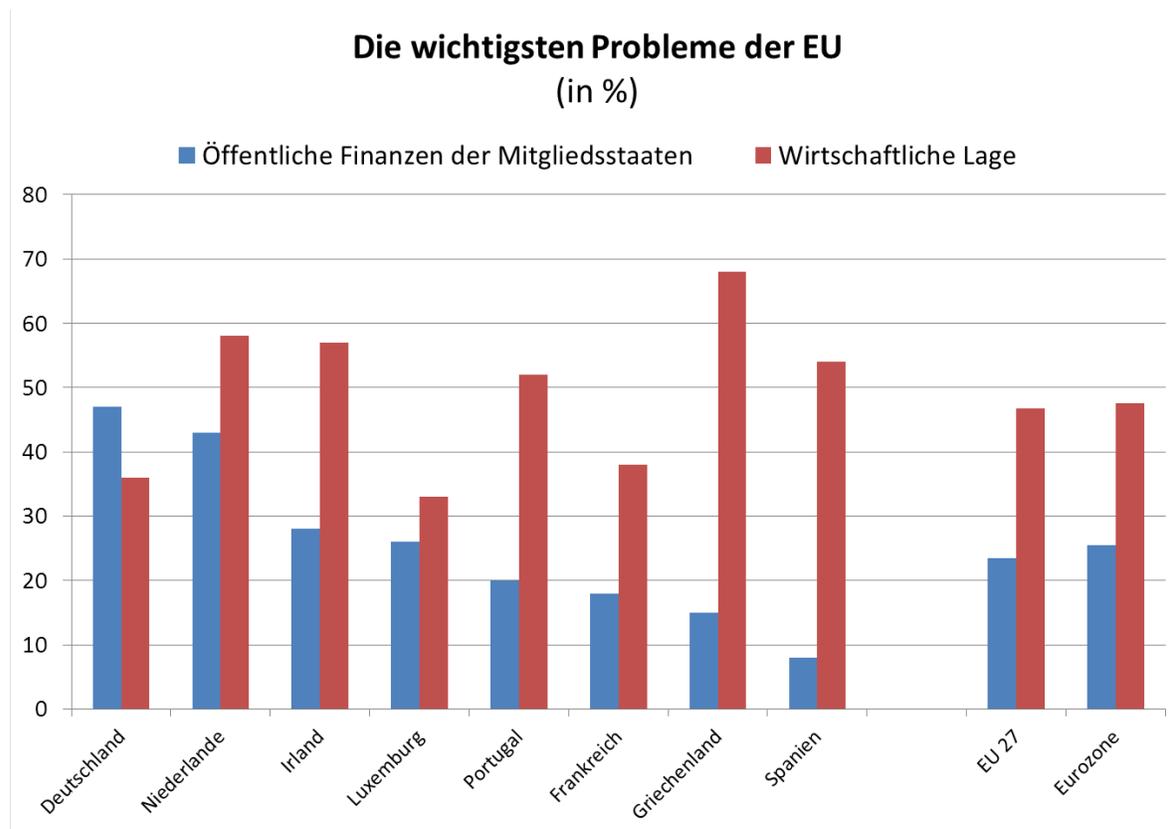
Im Einzelnen belegen „Staatsverschuldung“ und „Steigende Preise/Inflation“ die Rangplätze 1 und 2 bei der im Mai 2011 gestellten Frage, welches die wichtigsten Probleme sind, denen sich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber sieht. Gefragt nach den drängendsten persönlichen Problemen wird mit weitem Abstand an erster Stelle wiederum „Steigende

¹⁴ DT Mai11 und PB AprII/11.

Preise/Inflation“ genannt. Das drängendste Problem auf EU-Ebene ist für die Deutschen „Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten“.¹⁵

Lohnend ist hier der Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten. Bei den beiden Fragen zu den wichtigsten Problemen im eigenen Land bzw. in der EU ist der deutsche Wert der im Vergleich zu allen anderen Mitgliedstaaten jeweils höchste und liegt erwartungsgemäß weit über dem Durchschnitt. Die Antwortoption **„Staatsverschuldung“ als wichtigstes Problem in Deutschland** erreicht einen Wert von 34%, der nächsthöchste Wert in einem anderen EU-Mitgliedstaat liegt bei 19%, der EU-Durchschnitt bei 14%. Die Antwortoption **„Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten“ als wichtigstes Problem der EU** erreicht unter den in Deutschland Befragten einen Wert von 47%. Der EU-Durchschnitt liegt hier bei 22%, der Durchschnitt in den Euro-Ländern bei 26%.¹⁶

Interessanterweise wird die für die Finanzkrise ursächliche Staatsverschuldung in Griechenland (15%), Portugal (12%), Irland (15%) und Spanien (8%) nicht als besonders wichtiges Problem erachtet. In diesen Ländern stehen die aktuellen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage und das Problem der Arbeitslosigkeit im Vordergrund.



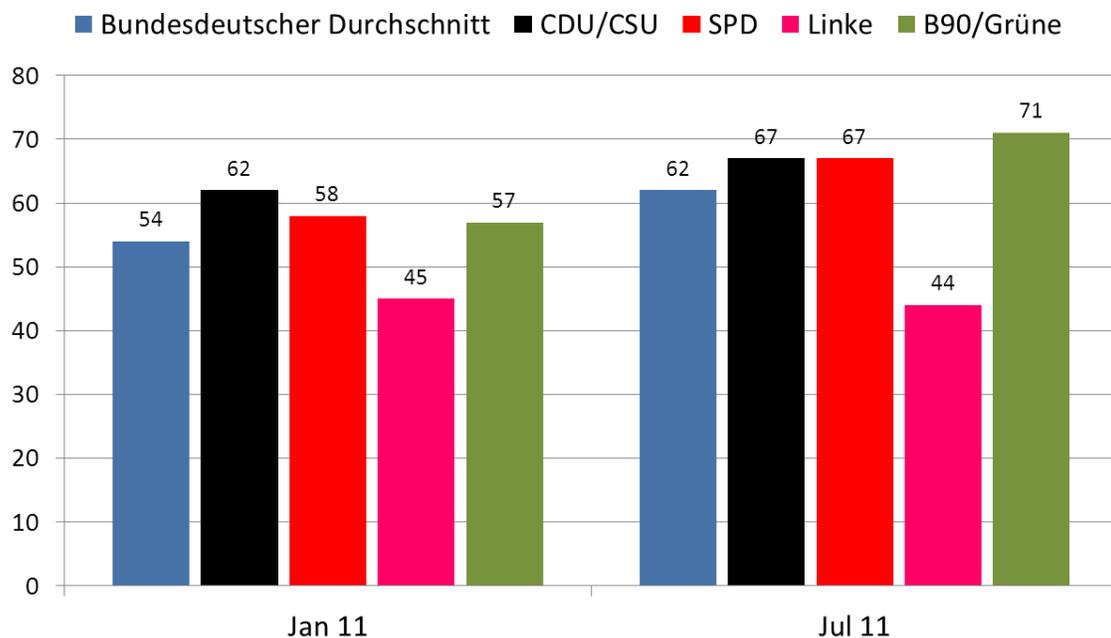
Quelle: Eurobarometer 75, Frage QA 9, Mai 2011

¹⁵ EB75 QA7a2: „Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenüber steht?“ (max. 2 Nennungen); QA8a2 „Und von welchen der zwei folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?“ (max. 2 Nennungen); QA9 „Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die Europäische Union derzeit gegenübersteht?“ (max. 2 Nennungen).

¹⁶ Weitere Länder mit hohen Werten sind Finnland (46), die Niederlande (43) und Österreich (38). In Frankreich hingegen liegt der Wert lediglich bei unterdurchschnittlichen 18.

Entsprechend der Problemwahrnehmung ist auch die **Bereitschaft zum Schuldenabbau unter Verzicht auf Steuersenkung in Deutschland hoch**. 87% meinen im Mai 2011, dass „Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in Deutschland keinen Aufschub“ dulden¹⁷ und im November 2011 geben 62% an, dass es wichtiger sei, weniger Schulden zu machen als Steuern zu senken.¹⁸ Über das ganze Jahr 2011 hinweg geben die Deutschen mehrheitlich an, dass Zusatzeinnahmen des Staates prioritär in den Schuldenabbau fließen sollten. Bei den Sympathisant_innen von Bündnis90/Die Grünen ist dieser Zustimmungswert überdurchschnittlich hoch und erreicht im Juli 2011 einen Höchstwert von 71%.¹⁹

Verwendung von Steuermehreinnahmen für Schuldenabbau (Zustimmung in %)



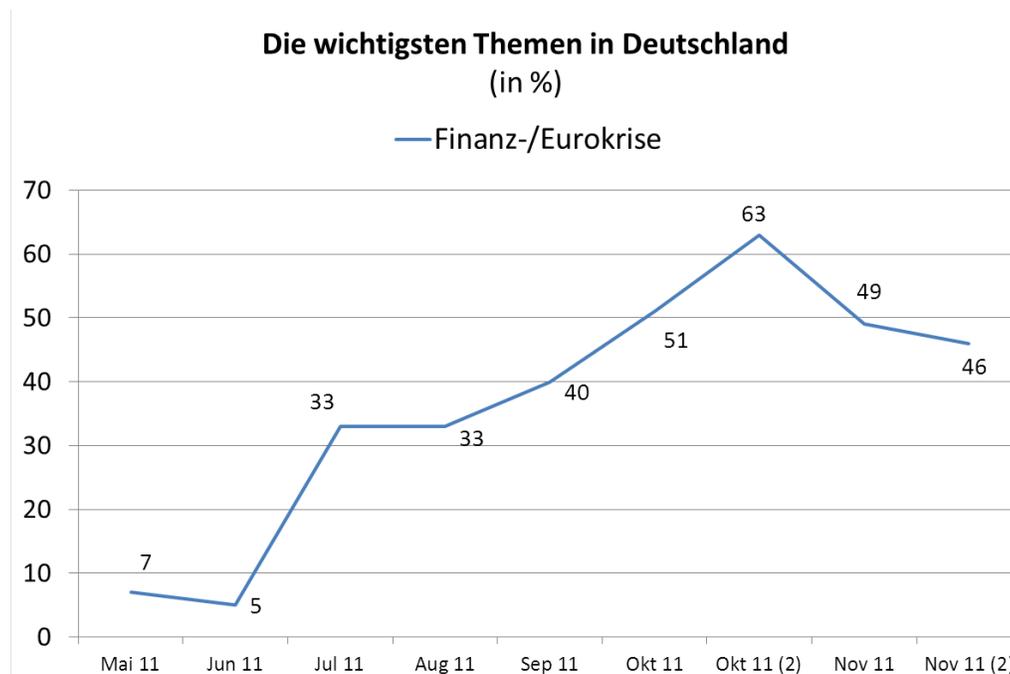
Quelle: Politbarometer Januar I/2011 und Juli 2011

Die **Finanz- und Eurokrise** avanciert im Laufe des Jahres 2011 aus Sicht der Deutschen zum **alles dominierenden Problemfeld**. In der Rangliste der Politbarometer-Frage zu den zehn wichtigsten Themen taucht die Finanz- und Eurokrise bereits vor 2011 auf. Das Thema avanciert ab Juli auf den ersten Rangplatz und verbleibt dort. Dabei sind die absoluten Werte an sich sehr hoch und bewegen sich ab Juli im Bereich zwischen 33% bis 63%. Zum Vergleich: Das ansonsten am stärksten genannte Thema, die Arbeitslosigkeit, liegt in der Regel im 20%-Bereich.

¹⁷ EB75 QC6.5, vgl. auch QC6.6 und QC6.7.

¹⁸ DT Nov11.

¹⁹ PB JanI/11, PB Juli11, PB NovI/11.



Quelle: Politbarometer Mai II/2011, Juni 2011, Juli 2011, August 2011, September 2011, Oktober I/2011, Oktober II/2011, November I/2011, November II/2011

Entsprechend ist auch die Wahrnehmung der Krise als Bedrohung: Etwa drei Viertel aller Befragten geben im Herbst 2011 an, dass durch die Krise der Wohlstand in Deutschland bedroht sei.²⁰

Die Krise des Euro erscheint dabei umso mehr als eine Krise Europas, als in den Augen der EU-BürgerInnen **der Euro – zusammen mit der Reisefreiheit – das Identifikationsmerkmal der Europäischen Union darstellt**. Auf die Frage „Was bedeutet die EU für Sie persönlich?“ werden EU-weit die Reisefreiheit und der Euro an erster Stelle genannt. Neben anderen Ländern erreicht dieser Wert in Deutschland in der Umfrage vom Mai 2011 mehr als die absolute Mehrheit und steht mit 53%-Punkten gemeinsam mit der Reisefreiheit auf dem höchsten Ranglistenplatz.

Die Zustimmungsrates der Deutschen zum Euro variiert nach Fragestellung und Zeitpunkt der Umfrage. Es lassen sich zwei Tendenzen feststellen: Je unspezifischer die Fragestellung, desto höher die Zustimmung und je später der Zeitpunkt im Jahr 2011, also mit Fortschreiten der Krise, desto positiver die Einstellungen sowohl allgemein gegenüber dem Euro, als auch zur Stabilität und den Erfolgsaussichten der Gemeinschaftswährung.

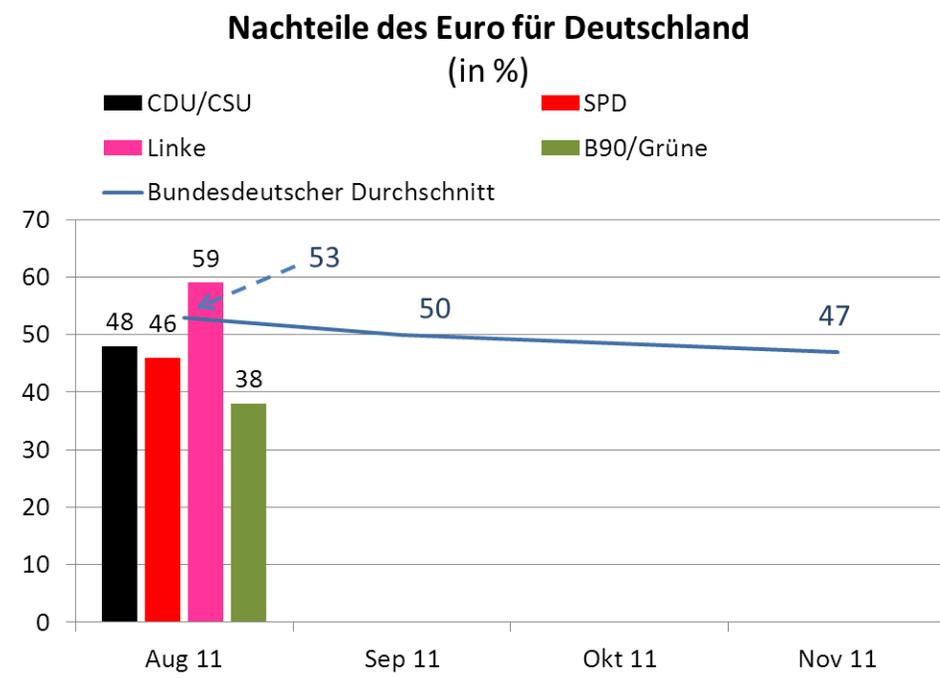
Recht allgemein danach gefragt, was ihre Meinung zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro, ist, geben im Mai 2011 knapp zwei Drittel der in Deutschland Befragten an, sie seien dafür, immerhin ist aber

²⁰ DT Sep und DT Okt.

auch ein Drittel dagegen. Damit liegt die Ablehnung in Deutschland über dem Durchschnitt der Euro-Länder von 26%.²¹

In einem anderen Meinungsbild, das während der Verschärfung der Krise im August, September und November erstellt wird, denken zunächst 53%, dass der Euro für Deutschland Nachteile hat und 43% bewerten den Euro positiv. Dabei überwiegt – ganz analog zu den bisherigen Ergebnissen – bei den **Sympathisant_innen von Bündnis90/Die Grünen entgegen dem Mehrheitstrend deutlich die positive Einschätzung**. Lediglich 38% der Grünen-Anhängerschaft bewerten den Euro als negativ.

Allerdings **ändert sich das Gesamtbild in der deutschen Bevölkerung im Verlauf der Krise**: Ab August sinken die Ablehnungswerte kontinuierlich, und im Gegenzug steigt die Zustimmung. Im November überwiegt dann bei den Deutschen die Zustimmung knapp die Ablehnung (48% zu 47%).²² Hier wirken sich augenscheinlich die Bemühungen von insbesondere der Bundeskanzlerin und dem Finanzminister, das Vertrauen in den Euro zu stärken und für seinen Bestand zu werben, positiv auf die Einstellung in der deutschen Bevölkerung aus.



Quelle: Politbarometer August 2011, September II/2011, November I 2011

Ebenso **steigt das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung während der Krise**. Vor die Alternative gestellt, die Bundesrepublik habe besser die D-Mark behalten oder den Euro eingeführt, meint im Dezember 2010 noch eine deutliche Mehrheit von 57%, sie hätte der Beibehaltung der D-Mark den Vorzug gegeben. Das Meinungsbild kehrt sich im Laufe der

²¹ EB75 QA19.1. 63% Befürwortung, 32% Ablehnung.

²² PB Aug11, PB SepII/11, PB NovI/11.

Krise um: Im Oktober und November 2011 halten jeweils 50% die Einführung des Euro für die bessere Alternative.²³

Schließlich gibt es auch eine **Mehrheit der Deutschen, die Vertrauen in die Stabilität der Gemeinschaftswährung über die Finanzkrise hinaus hat**. Dabei teilt eine überwiegende Mehrheit die – sicherlich realistische – Einschätzung, dass der Euro durch die finanziellen Schwierigkeiten in einigen Euro-Ländern gefährdet ist. Doch halten zu Beginn des Jahres 2011 55% den Euro auch auf Dauer für einen Erfolg. Diese Bild ändert sich nicht im Laufe der Krise. Im Gegenteil glauben im November 2011 78% der Befragten, der Euro werde die Finanzkrise überstehen.²⁴

Wer wird nun für kompetent gehalten, die Krise zu meistern? Hier scheint es **insgesamt wenig Vertrauen in irgendeinen der staatlichen oder internationalen Akteure** zu geben. Befragt danach, welcher der folgenden Akteure – die Bundesregierung, die EU, die G20 oder der IWF – am besten in der Lage sei, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen, wird diese Kompetenz keiner Stelle eindeutig zugesprochen. Der größte Anteil der Antworten entfällt auf die kombinierten Werte von „keiner davon“ und „weiß nicht“, dicht gefolgt von IWF und EU, die jeweils ein Fünftel der in Deutschland Befragten für geeignet hält.²⁵

Befragt nach den konkreten Erfolgen der EU bei der bisherigen Bewältigung der Wirtschaftskrise hält im Mai 2011 je eine knappe Hälfte der in Deutschland Befragten das Handeln der EU für erfolgreich (45%) bzw. erfolglos (46%).²⁶ Im Sommer 2011 bewertet dann eine deutliche Mehrheit die Politik der EU als „nicht gut“. Im August schätzt nur noch ein Viertel der Deutschen die EU-Politik bei der Krisenbewältigung als „gut“ ein.²⁷

Auch der **deutschen Politik** wird insgesamt ein **geringes Maß an Steuerungsfähigkeit und Kompetenz** zugesprochen: 74% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Zukunft des Euro letztlich durch die Finanzmärkte und nicht die Politik bestimmt wird, zwei Drittel meinen, die Bundesregierung habe den Überblick verloren und nur ein knappes Drittel ist der Meinung, die Bundesregierung habe in der Euro- und Schuldenkrise die richtigen Entscheidungen getroffen.²⁸ Allerdings ergibt sich ein anderes Bild, fragt man nach dem *Krisenmanagement*. Bei der Frage, ob „Bundeskanzlerin Angela Merkel [...] ihre Arbeit bei der Euro-Krise eher“ gut oder schlecht macht, steigt die Zustimmungsrates ab dem Sommer kontinuierlich an und liegt Ende November 2011 bei satten 63%.²⁹

Bei der **Einschätzung der Parteienkompetenz** bei der Euro-Krise, ergibt sich über das Jahr 2011 hinweg ein einheitliches Bild: Im Kompetenzranking mit Abstand am höchsten steht die CDU/CSU, gefolgt mit einigem Abstand von der SPD. Jeweils ein knappes Drittel der Befragten traut keiner Partei die Lösung der Krise zu. Die kleinen Parteien FDP, die Linke

²³ DT Sep11, DT Okt11, DT Nov11.

²⁴ PB JanII/11, PB AprII/11, PB Jun11, PB Jul11, PB NovI/11.

²⁵ EB75 QC3.

²⁶ EB75 QC11.1.

²⁷ PB Jul11, PB Aug11.

²⁸ DT Sep11, DT Okt11, DT Nov11. „Die Bundesregierung hat angesichts des Ausmaßes der Krise den Überblick verloren“, Zustimmung 66% im September, 58% im Oktober und 59% im November. „Die Bundesregierung hat in der Euro- und Schuldenkrise bisher die richtigen Entscheidungen getroffen.“ Zustimmung 29% im September, Oktober und November je 37%.

²⁹ PB Aug11, PB SepI/11, PB NovII/11.

und Bündnis90/Die Grünen erhalten marginale Kompetenzwerte im Bereich zwischen 1% und 3%-Punkten.³⁰ Bei einer weitergehenden Analyse der **äußerst geringen Kompetenzzuweisung an die Grünen** muß insbesondere beachtet werden, dass bei der Fragestellung jeweils keine Mehrfachnennung möglich ist. Dadurch werden die **kleinen Parteien im Antwortschema marginalisiert** und der Fokus auf die beiden „Volksparteien“ ausgerichtet. Aus den Antworten kann daher lediglich gefolgert werden, dass der CDU/CSU mehr Kompetenz im Bereich Euro-Krise zugeschrieben wird als der SPD.

Ein ebenso einheitliches Bild ergibt sich schließlich bei der Einstellung der Deutschen zu **konkreten Maßnahmen**, vornehmlich der Ausweitung des Euro-Rettungsschirms, der Einführung von Eurobonds und der Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen. Dabei gibt es jeweils eine **deutliche Mehrheit gegen die Ausweitung des Rettungsschirms sowie gegen die Einführung von Eurobonds**. Dabei fällt die Ablehnung der Grünen-Sympathisant_innen im Vergleich zu den Anhängerschaften der anderen Parteien jeweils am niedrigsten aus, liegt aber mit 70% immer noch einem sehr hohen Bereich.³¹ Lediglich die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer stößt mehrheitlich auf Zustimmung**.³²

E Zusammenfassung und Ausblick

In der vorliegenden Studie wurden die Einstellungen der deutschen Bevölkerung und der Symphasant_innen von Bündnis90/Die Grünen zur Bedeutung der Europäischen Union allgemein, zur ihrer Weiterentwicklung in den beiden Dimensionen Vertiefung und Erweiterung und zur Bewältigung der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2011 – und schwerpunktmäßig im Herbst 2011 – untersucht. Die Deutschen, so zeigte sich, sind in der Mehrheit für die Europäische Integration, sie befürworten ein Mehr an Europa, aber sie lehnen eine weitere Ausdehnung der Union ab, und sie sorgen sich in hohem Maße um die fiskalische Zukunft ihres Landes und die Gemeinschaftswährung.

Dies sind **wichtige Eckpfeiler für die Gestaltung der Europapolitik in Deutschland**. Möchte man allerdings davon ausgehend die **Gestaltungsoptionen** weiter ausloten, bedarf es einer weitergehenden Analyse, die auf einer **breiteren Datenbasis** ruht. Die in dieser Studie verwendeten Daten beziehen sich lediglich auf das Jahr 2011. Für die genauere Bewertung der Einstellung zur allgemeinen Bedeutung der Union ebenso wie zu den Grundeinstellungen zu Vertiefung und Erweiterung bedarf es des Vergleichs und der Gewichtung, die nur durch den Rückgriff auf Zeitreihen der in Frage kommenden Datensätze möglich sind. Dabei könnten auch andere Indikatoren aus den Eurobarometerumfragen hinzugezogen werden, die nicht in regelmäßigen Abständen abgefragt werden, aber teilweise sehr aussagekräftig sind, wie etwa der „Auflösungs-Indikator“, bei dem abgefragt wird, ob man es für bedauerlich hielte, wenn die EU sich auflöse.

³⁰ DT Extra Mai11, PB SepII/11, PB OktII/11.

³¹ DT Sep11 und DT Okt11: Zwei Drittel (66%) lehnen den Ausbau des Euro-Rettungsschirms ab, nach der BT-Abstimmung im Oktober sind es noch 54%; 55% meinen, dass sich Deutschland nicht an Eurobonds beteiligen sollte. PB SepI/11: 76% der Befragten lehnen eine Ausweitung des Euro-Rettungsschirms ab. PB NovII/11: 79% der Befragten sprechen sich gegen die Einführung von Eurobonds aus.

³² EB75 QC8.3: 79% Befürwortung; PB OktI/11: 56% Befürwortung; DT Nov11: 50% Befürwortung.

Ein weiteres, eindeutiges Ergebnis dieser Studie ist, dass **die grüne Partei im Kompetenzranking hinsichtlich der derzeit alles bestimmenden Finanz- und Eurokrise äußerst schlecht abschneidet**. Zwischen 1% und 3% sprechen der Partei bei der Bewältigung der Krise Kompetenz zu. Dabei trifft die geringe Zuschreibung von Kompetenz alle kleinen Parteien gleichermaßen. Die Bewertung für die einzelnen Parteien muß zwar unterschiedlich ausfallen, da eine der kleinen Partei, die FDP, derzeit in Regierungsverantwortung steht und ein ausgeprägtes wirtschafts- und fiskalpolitisches Profil hat. Dennoch lässt sich keine weitere Aussage aus diesen geringen Werten schließen. Hierfür wäre es notwendig, **die Werte in der aktuellen Krise mit denen in anderen Krisen zu vergleichen**, europäische wie nationale und bei denen die Grünen in Regierungsverantwortung standen bzw. in der Opposition waren. Konkret denkbar wären hier Vergleiche mit Kompetenzwerten während der Krise des Europäischen Währungssystems 1992/93, der letzten großen Rezession in Deutschland 2001 und den Massenprotesten bei der Verabschiedung der Agenda 2010. Ein **weiterer Vergleichspunkt** könnte die **Kompetenzzuweisung an die Parteien in anderen Politikfeldern** sein, die entweder im Zentrum der politischen Richtungsentscheidungen stehen, wie etwa die Wirtschafts- und Sozialpolitik, oder bei denen die Programmatik von Bündnis90/Die Grünen neben der Umweltpolitik ein weithin deutlich wahrnehmbares Profil aufweist, wie etwa bei der Verkehrspolitik.

Schließlich haben die Daten bezüglich der Einstellungen von **Symphatisant_innen von Bündnis90/Die Grünen** gezeigt, dass sich diese Gruppe in europapolitischen Fragen deutlich von den Anhängerschaften der anderen Parteien unterscheidet, insofern sie insgesamt für mehr Europa nach innen wie außen und mehr Solidarität in Europa votiert. Allerdings ergeben sich hier auch **Spannungsfelder**, die beim Ausloten der Gestaltungsoptionen grüner Europapolitik zu beachten sind. Zunächst geben die Daten wenig Auskunft darüber, ob es sich bei dem Mehr an Europa, was durchweg befürwortet wird, um die **Übertragung von Hoheitsrechten auf die supranationale Ebene handelt oder vielmehr um eine verstärkte intergouvernementale Kooperation**. Auch bleibt die **genaue Ausgestaltung und Belastbarkeit des solidarischen Empfindens unklar**. Einer deklarierten Solidarität mit Griechenland steht etwa eine deutliche Ablehnung der Einführung von Eurobonds gegenüber. Ebenso ist die hohe Priorität für den Schuldenabbau keinesfalls als sozialpolitische Ausrichtung zu bewerten. Im Gegenteil: in diesem Wert steckt ein potentiell hohes Maß an neoliberaler Grundeinstellung, die sich mit dem Wert der Solidarität in der konkreten politischen Ausgestaltung nur schwer vereinbaren lässt. Um hier ein genaueres Bild zu bekommen, wäre es sinnvoll, die europapolitischen Einstellungen der grünen Sympathisant_innen – ebenso wie der gesamten deutschen Bevölkerung – gegenüber Politikbereichen zu untersuchen, die angesichts der aktuellen Krise einer Vergemeinschaftung bedürften, um den systemimmanenten Fehler der Währungsunion zu beheben und deren Umsetzung auch in Deutschland deutlich spürbar wären. Dabei wären in erster Linie die Einstellungen zu einer Harmonisierung der Steuern auf europäischer Ebene und die Einführung einer Fiskalunion zu nennen. Aussagekräftig – gerade auch im Hinblick auf die Frage der Ausgestaltung der Vertiefung – wären hier auch die Einstellungen zur Einführung europäischer Gemeinschaftssteuern oder –abgaben.

Es ist zu erwarten, dass sich die **Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2011** für eine weiterführende Analyse als sehr aufschlussreich erweisen werden, denn die Daten wurden im November 2011 erhoben, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Finanz- und

Eurokrise in Deutschland allgegenwärtig war. Zudem handelt es sich hier um Daten, die seit nunmehr fast 40 Jahren standardisiert europaweit erfasst werden und eine große Anzahl an möglichen Vergleichspunkten bieten. Diese Daten sind voraussichtlich ab März 2012 ausgewertet und verfügbar.